

367639-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen – Umbaumaßnahme Grundschule Sandweier zur Ganztagesesschule - Technische Ausrüstung Elektrotechnik

OJ S 102/2026 29/05/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadtverwaltung Baden-Baden, Hochbauamt

E-Mail: vergabe@baden-baden.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Umbaumaßnahme Grundschule Sandweier zur Ganztagesesschule - Technische Ausrüstung Elektrotechnik

Beschreibung: Gesucht wird ein qualifiziertes Ingenieurbüro oder eine Bietergemeinschaft, welche/s die erforderliche Fachplanung gemäß HOAI übernimmt. Leistungsbild: Technische Ausrüstung - Elektrotechnik

Kennung des Verfahrens: 19e1f058-2888-44f4-b953-22836b8f20e9

Interne Kennung: 2026/060

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Grundschule Sandweier, Westring 1

Stadt: Baden-Baden

Postleitzahl: 76532

Land, Gliederung (NUTS): Baden-Baden, Stadtkreis (DE121)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Datenschutzhinweise: 1. Verantwortlicher für die

Datenverarbeitung: Stadt Baden-Baden Rechtsamt / Abteilung Vergabe Marktplatz 2 76530

Baden-Baden E-Mail: vergabe@baden-baden.de 2. Kontaktdaten des behördlichen

Datenschutzbeauftragten: Stadt Baden-Baden Behördlicher Datenschutzbeauftragter

Briegelackerstraße 8 76532 Baden-Baden E-Mail: datenschutz@baden-baden.de 3.

Übermittlung in ein Drittland: Eine Übermittlung in ein Drittland ist nicht beabsichtigt. 4. Dauer

der Datenspeicherung: Soweit erforderlich verarbeiten und speichern wir Ihre personenbezogenen Daten für die Dauer des Vergabeverfahrens und im Rahmen der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen. 5. Ihre Rechte: Sie – als betroffene Person – können unter der o.g. Adresse Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten verlangen (Art. 15 DSGVO). Darüber hinaus können Sie unter bestimmten Voraussetzungen die Berichtigung (Art. 16 DSGVO) oder die Löschung (Art. 17 DSGVO) Ihrer Daten verlangen. Ihnen kann weiterhin ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten (Art. 18 DSGVO) sowie ein Recht auf Herausgabe der von Ihnen bereitgestellten Daten (Art. 20 DSGVO) in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zustehen. In einigen Fällen gilt, dass das Recht nicht in Anspruch genommen werden kann oder darf. Sofern dies gesetzlich unzulässig ist, teilen wir Ihnen den Grund für die Verweigerung mit. Jede betroffene Person kann sich unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe mit einer Beschwerde an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit wenden, wenn sie der Auffassung ist, dass die Auskunft gebende Stelle ihren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen ist. Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (LfDI BW) Lautenschlagerstraße 20 70173 Stuttgart Tel. 0711/ 615541 -0 <https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/> 6. Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten: Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zur Durchführung von Vergabeverfahren, insbesondere - zum Bereitstellen von Vergabeunterlagen; - zur Beantwortung von Bieterfragen; - zur Abfrage und Überprüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen; - zur Abfrage und Überprüfung der Eignung, Fachkunde und Leistungsfähigkeit; - zum Erfüllen vergaberechtlicher Transparenzverpflichtungen; - zu Dokumentationszwecken; - zur Durchführung in der Vertrags- und Bestellabwicklung; - zu Kommunikationszwecken. Die Datenerhebung ist notwendig zur Durchführung des Vergabeverfahrens sowie für die Abwicklung des Vertragsverhältnisses. Ihre Daten werden auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. B und lit. C DSGVO erhoben. 7. Empfänger oder Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten: Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit dies erforderlich ist – weitergegeben an - das Bundeskartellamt wegen der Einsicht in das Wettbewerbsregister; - Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen; - beauftragte externe Dienstleister (z.B. Projektsteuerer, Planungs- bzw. Ingenieurbüros, Ausschreibungsdienstleister, u. ä.); - Teilnehmer von Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen; - die Fachämter zur Prüfung der eingegangenen Angebote und Erteilung des Zuschlags; - an die zuständige Nachprüfungsstelle, Vergabekammer bzw. Rechtsanwälte/ Gerichte im Falle von Rechtsstreitigkeiten.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgl. -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption: Der Katalog der Ausschlussgründe ergibt sich aus den §§ 123 und 124 GWB und den Regelungen der §§ 53 und 57 VgV.

Betrug: Der Katalog der Ausschlussgründe ergibt sich aus den §§ 123 und 124 GWB und den Regelungen der §§ 53 und 57 VgV.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Der Katalog der Ausschlussgründe ergibt sich aus den §§ 123 und 124 GWB und den Regelungen der §§ 53 und 57 VgV.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Der Katalog der Ausschlussgründe ergibt sich aus den §§ 123 und 124 GWB und den Regelungen der §§ 53 und 57 VgV.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Der Katalog der Ausschlussgründe ergibt sich aus den §§ 123 und 124 GWB und den Regelungen der §§ 53 und 57 VgV.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Der Katalog der Ausschlussgründe ergibt sich aus den §§ 123 und 124 GWB und den Regelungen der §§ 53 und 57 VgV.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Der Katalog der Ausschlussgründe ergibt sich aus den §§ 123 und 124 GWB und den Regelungen der §§ 53 und 57 VgV.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Der Katalog der Ausschlussgründe ergibt sich aus den §§ 123 und 124 GWB und den Regelungen der §§ 53 und 57 VgV.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Der Katalog der Ausschlussgründe ergibt sich aus den §§ 123 und 124 GWB und den Regelungen der §§ 53 und 57 VgV.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Der Katalog der Ausschlussgründe ergibt sich aus den §§ 123 und 124 GWB und den Regelungen der §§ 53 und 57 VgV.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Der Katalog der Ausschlussgründe ergibt sich aus den §§ 123 und 124 GWB und den Regelungen der §§ 53 und 57 VgV.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Der Katalog der Ausschlussgründe ergibt sich aus den §§ 123 und 124 GWB und den Regelungen der §§ 53 und 57 VgV.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Der Katalog der Ausschlussgründe ergibt sich aus den §§ 123 und 124 GWB und den Regelungen der §§ 53 und 57 VgV.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Der Katalog der Ausschlussgründe ergibt sich aus den §§ 123 und 124 GWB und den Regelungen der §§ 53 und 57 VgV.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Der Katalog der Ausschlussgründe ergibt sich aus den §§ 123 und 124 GWB und den Regelungen der §§ 53 und 57 VgV.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Der Katalog der Ausschlussgründe ergibt sich aus den §§ 123 und 124 GWB und den Regelungen der §§ 53 und 57 VgV.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Der Katalog der Ausschlussgründe ergibt sich aus den §§ 123 und 124 GWB und den Regelungen der §§ 53 und 57 VgV.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Der Katalog der Ausschlussgründe ergibt sich aus den §§ 123 und 124 GWB und den Regelungen der §§ 53 und 57 VgV.

Zahlungsunfähigkeit: Der Katalog der Ausschlussgründe ergibt sich aus den §§ 123 und 124 GWB und den Regelungen der §§ 53 und 57 VgV.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Der Katalog der Ausschlussgründe ergibt sich aus den §§ 123 und 124 GWB und den Regelungen der §§ 53 und 57 VgV.

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Der Katalog der Ausschlussgründe ergibt sich aus den §§ 123 und 124 GWB und den Regelungen der §§ 53 und 57 VgV.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Umbaumaßnahme Grundschule Sandweier zur Ganztagesesschule - Technische Ausrüstung Elektrotechnik

Beschreibung: Gesucht wird ein qualifiziertes Ingenieurbüro oder eine Bietergemeinschaft, welche/s die erforderliche Fachplanung gemäß HOAI übernimmt. Leistungsbild: Technische Ausrüstung - Elektrotechnik

Interne Kennung: LOT-0001 2026/060

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Grundschule Sandweier, Westring 1

Stadt: Baden-Baden

Postleitzahl: 76532

Land, Gliederung (NUTS): Baden-Baden, Stadtkreis (DE121)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/09/2026

Enddatum der Laufzeit: 31/03/2029

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:selbst#

----- - Die Kommunikation hat in deutscher Sprache über die Vergabepattform Subreport zu erfolgen. - Fragen sind bis spätestens 02.06.2026, 16:00 Uhr zu stellen. - Der Fragen- und Antwortkatalog wird letztmalig am 08.06.2026 veröffentlicht. - Die Angebote müssen in deutscher Sprache verfasst sein. - Gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft nach der Auftragsvergabe haben muss: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter. - Achtung: In diesem Verfahren finden keine Vorstellungstermine der Bieter bzw. Verhandlungsrunden statt. Die Wertung erfolgt ausschließlich nach den Angebotsunterlagen.

----- Ergänzung zu "Geschätzte Laufzeit": Beginn

Leistungsphasen 1-3: voraussichtlich Q4/2026 Ausführung: voraussichtlich 2028

Fertigstellung: voraussichtlich Q1/2029

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot vorzulegende Eignungsnachweise:

(1) Nachweise und Erklärungen zur Eignung: - Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung -

Mindestjahresumsatz des Unternehmens - Leistungsfähigkeit der technischen Fachkräfte -

Ausführung vergleichbarer Leistungen (Referenzprojekte) - Angaben zur Zahl der

Beschäftigten des Unternehmens - Angaben zu Ausstattung, Geräte und technische Ausrüstung - Nachweis eines eigenen Qualitätsmanagementsystem (2) Bei vorgesehenem Einsatz eines Unterauftragnehmers ist mit Angebotsabgabe Art und Umfang der Unterauftragsnehmerleistung zu benennen (KEV-Vordruck „Verzeichnis der Leistungen /Kapazitäten anderer Unternehmen“). Spätestens auf Verlangen sind einzureichen: Die Namen der Unterauftragnehmer, die Nachweise zur Eignung des Unterauftragnehmers (zur Erfüllung der Eignungsanforderungen bzw. entsprechend den geforderten Nachweisen des Bieters). (3) Bei vorgesehener Bietergemeinschaft (BG): Erklärung mit Angabe der Mitglieder, des geschäftsführenden Mitglieds, welches die BG rechtsverbindlich vertritt sowie die Erklärung, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften (KEV-Vordruck „Erklärung der Bietergemeinschaft“). Die Eignungsanforderungen sind grundsätzlich von der BG insgesamt zu erfüllen, sofern nicht die Vorlage gemäß dem Dokument „Aufforderung zur Angebotsabgabe - Teil 2“ ausdrücklich von jedem Mitglied gefordert wird, wie insbesondere die nachfolgenden Ziffern (4) und (5). (4) Eigenerklärung 5. Sanktionspaket EU. (5) Eigenerklärung zur §§ 123 + 124 GWB. Die aufgeführten Unterlagen, Erklärungen und Nachweise sind mittels Eigenerklärungen oder Bescheinigungen einzureichen. Der Auftraggeber behält sich vor, Eigenerklärungen durch entsprechende Nachweise belegen zu lassen. Bei ausländischen Unternehmen sind gleichwertige Nachweise zur Eignung zugelassen. Bei fremdsprachigen Bescheinigungen ist eine Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen; der Auftraggeber behält sich in diesem Fall vor, die Nachreichung einer Beglaubigung der Übersetzung zu verlangen. Die zur Verfügung gestellten Formblätter sind zu verwenden. Die Nachweise sind mit Angebotsabgabe einzureichen. Näheres siehe Ausschreibungsunterlagen, insbesondere die Zusammenstellung der einzureichenden Eignungsnachweise gemäß „Nachweisliste“. Hinweis auf folgende Mindestanforderungen im Bereich der Eignung: - Der Bieter muss mit Angebotsabgabe den Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung einreichen. Folgende Deckungssummen gelten hierbei als Mindestanforderung: -> Mindest-Deckungssumme für Personenschäden: 2.000.000,00 EUR brutto, -> Mindest-Deckungssumme für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden): 500.000,00 EUR brutto. - Der Bieter muss mindestens folgende Umsätze aufweisen: 120.000,00 EUR netto Mindestjahresumsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags als Mittel der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre. - Der Bieter muss mit Angebotsabgabe Angaben zur abgeschlossenen Berufsausbildung bzw. zu besuchten Fortbildungen der Projektleitung sowie der stellvertretenden Projektleitung einreichen. - Der Bieter muss innerhalb der unten genannten Zeiträume mindestens folgende Leistungen (Referenzen) erbracht haben: Vorlage mindestens einer Referenz über Leistungen im Leistungsbild Technische Ausrüstung (Anlagengruppen 4–5) gemäß § 55 HOAI, Honorarzone II oder höher, in den Leistungsphasen 1 - 3 und 5 - 8. Die Referenz muss hinsichtlich Planungsinhalt und Komplexität mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sein. Die anrechenbaren Herstellkosten sollen mindestens 250.000 EUR netto betragen. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme darf nicht vor dem 01.01.2018 erfolgt sein. Es werden auch Referenzen gewertet, bei denen die Leistungen überwiegend in den genannten Leistungsphasen erbracht wurden. Zwingende Unterlagen, die mit Angebotsabgabe einzureichen sind (kein Nachreichen möglich!): - Honorarbogen / Honorarangebot - Personalkonzept - Konzept zur Herangehensweise

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot vorzulegende Eignungsnachweise:

(1) Nachweise und Erklärungen zur Eignung: - Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung - Mindestjahresumsatz des Unternehmens - Leistungsfähigkeit der technischen Fachkräfte - Ausführung vergleichbarer Leistungen (Referenzprojekte) - Angaben zur Zahl der

Beschäftigten des Unternehmens - Angaben zu Ausstattung, Geräte und technische Ausrüstung - Nachweis eines eigenen Qualitätsmanagementsystem (2) Bei vorgesehenem Einsatz eines Unterauftragnehmers ist mit Angebotsabgabe Art und Umfang der Unterauftragsnehmerleistung zu benennen (KEV-Vordruck „Verzeichnis der Leistungen /Kapazitäten anderer Unternehmen“). Spätestens auf Verlangen sind einzureichen: Die Namen der Unterauftragnehmer, die Nachweise zur Eignung des Unterauftragnehmers (zur Erfüllung der Eignungsanforderungen bzw. entsprechend den geforderten Nachweisen des Bieters). (3) Bei vorgesehener Bietergemeinschaft (BG): Erklärung mit Angabe der Mitglieder, des geschäftsführenden Mitglieds, welches die BG rechtsverbindlich vertritt sowie die Erklärung, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften (KEV-Vordruck „Erklärung der Bietergemeinschaft“). Die Eignungsanforderungen sind grundsätzlich von der BG insgesamt zu erfüllen, sofern nicht die Vorlage gemäß dem Dokument „Aufforderung zur Angebotsabgabe - Teil 2“ ausdrücklich von jedem Mitglied gefordert wird, wie insbesondere die nachfolgenden Ziffern (4) und (5). (4) Eigenerklärung 5. Sanktionspaket EU. (5) Eigenerklärung zur §§ 123 + 124 GWB. Die aufgeführten Unterlagen, Erklärungen und Nachweise sind mittels Eigenerklärungen oder Bescheinigungen einzureichen. Der Auftraggeber behält sich vor, Eigenerklärungen durch entsprechende Nachweise belegen zu lassen. Bei ausländischen Unternehmen sind gleichwertige Nachweise zur Eignung zugelassen. Bei fremdsprachigen Bescheinigungen ist eine Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen; der Auftraggeber behält sich in diesem Fall vor, die Nachreichung einer Beglaubigung der Übersetzung zu verlangen. Die zur Verfügung gestellten Formblätter sind zu verwenden. Die Nachweise sind mit Angebotsabgabe einzureichen. Näheres siehe Ausschreibungsunterlagen, insbesondere die Zusammenstellung der einzureichenden Eignungsnachweise gemäß „Nachweisliste“. Hinweis auf folgende Mindestanforderungen im Bereich der Eignung: - Der Bieter muss mit Angebotsabgabe den Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung einreichen. Folgende Deckungssummen gelten hierbei als Mindestanforderung: -> Mindest-Deckungssumme für Personenschäden: 2.000.000,00 EUR brutto, -> Mindest-Deckungssumme für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden): 500.000,00 EUR brutto. - Der Bieter muss mindestens folgende Umsätze aufweisen: 120.000,00 EUR netto Mindestjahresumsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags als Mittel der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre. - Der Bieter muss mit Angebotsabgabe Angaben zur abgeschlossenen Berufsausbildung bzw. zu besuchten Fortbildungen der Projektleitung sowie der stellvertretenden Projektleitung einreichen. - Der Bieter muss innerhalb der unten genannten Zeiträume mindestens folgende Leistungen (Referenzen) erbracht haben: Vorlage mindestens einer Referenz über Leistungen im Leistungsbild Technische Ausrüstung (Anlagengruppen 4–5) gemäß § 55 HOAI, Honorarzone II oder höher, in den Leistungsphasen 1 - 3 und 5 - 8. Die Referenz muss hinsichtlich Planungsinhalt und Komplexität mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sein. Die anrechenbaren Herstellkosten sollen mindestens 250.000 EUR netto betragen. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme darf nicht vor dem 01.01.2018 erfolgt sein. Es werden auch Referenzen gewertet, bei denen die Leistungen überwiegend in den genannten Leistungsphasen erbracht wurden. Zwingende Unterlagen, die mit Angebotsabgabe einzureichen sind (kein Nachreichen möglich!): - Honorarbogen / Honorarangebot - Personalkonzept - Konzept zur Herangehensweise

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot vorzulegende Eignungsnachweise: (1) Nachweise und Erklärungen zur Eignung: - Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung - Mindestjahresumsatz des Unternehmens - Leistungsfähigkeit der technischen Fachkräfte - Ausführung vergleichbarer Leistungen (Referenzprojekte) - Angaben zur Zahl der

Beschäftigten des Unternehmens - Angaben zu Ausstattung, Geräte und technische Ausrüstung - Nachweis eines eigenen Qualitätsmanagementsystem (2) Bei vorgesehenem Einsatz eines Unterauftragnehmers ist mit Angebotsabgabe Art und Umfang der Unterauftragsnehmerleistung zu benennen (KEV-Vordruck „Verzeichnis der Leistungen /Kapazitäten anderer Unternehmen“). Spätestens auf Verlangen sind einzureichen: Die Namen der Unterauftragnehmer, die Nachweise zur Eignung des Unterauftragnehmers (zur Erfüllung der Eignungsanforderungen bzw. entsprechend den geforderten Nachweisen des Bieters). (3) Bei vorgesehener Bietergemeinschaft (BG): Erklärung mit Angabe der Mitglieder, des geschäftsführenden Mitglieds, welches die BG rechtsverbindlich vertritt sowie die Erklärung, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften (KEV-Vordruck „Erklärung der Bietergemeinschaft“). Die Eignungsanforderungen sind grundsätzlich von der BG insgesamt zu erfüllen, sofern nicht die Vorlage gemäß dem Dokument „Aufforderung zur Angebotsabgabe - Teil 2“ ausdrücklich von jedem Mitglied gefordert wird, wie insbesondere die nachfolgenden Ziffern (4) und (5). (4) Eigenerklärung 5. Sanktionspaket EU. (5) Eigenerklärung zur §§ 123 + 124 GWB. Die aufgeführten Unterlagen, Erklärungen und Nachweise sind mittels Eigenerklärungen oder Bescheinigungen einzureichen. Der Auftraggeber behält sich vor, Eigenerklärungen durch entsprechende Nachweise belegen zu lassen. Bei ausländischen Unternehmen sind gleichwertige Nachweise zur Eignung zugelassen. Bei fremdsprachigen Bescheinigungen ist eine Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen; der Auftraggeber behält sich in diesem Fall vor, die Nachreichung einer Beglaubigung der Übersetzung zu verlangen. Die zur Verfügung gestellten Formblätter sind zu verwenden. Die Nachweise sind mit Angebotsabgabe einzureichen. Näheres siehe Ausschreibungsunterlagen, insbesondere die Zusammenstellung der einzureichenden Eignungsnachweise gemäß „Nachweisliste“. Hinweis auf folgende Mindestanforderungen im Bereich der Eignung: - Der Bieter muss mit Angebotsabgabe den Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung einreichen. Folgende Deckungssummen gelten hierbei als Mindestanforderung: -> Mindest-Deckungssumme für Personenschäden: 2.000.000,00 EUR brutto, -> Mindest-Deckungssumme für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden): 500.000,00 EUR brutto. - Der Bieter muss mindestens folgende Umsätze aufweisen: 120.000,00 EUR netto Mindestjahresumsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags als Mittel der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre. - Der Bieter muss mit Angebotsabgabe Angaben zur abgeschlossenen Berufsausbildung bzw. zu besuchten Fortbildungen der Projektleitung sowie der stellvertretenden Projektleitung einreichen. - Der Bieter muss innerhalb der unten genannten Zeiträume mindestens folgende Leistungen (Referenzen) erbracht haben: Vorlage mindestens einer Referenz über Leistungen im Leistungsbild Technische Ausrüstung (Anlagengruppen 4–5) gemäß § 55 HOAI, Honorarzone II oder höher, in den Leistungsphasen 1 - 3 und 5 - 8. Die Referenz muss hinsichtlich Planungsinhalt und Komplexität mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sein. Die anrechenbaren Herstellkosten sollen mindestens 250.000 EUR netto betragen. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme darf nicht vor dem 01.01.2018 erfolgt sein. Es werden auch Referenzen gewertet, bei denen die Leistungen überwiegend in den genannten Leistungsphasen erbracht wurden. Zwingende Unterlagen, die mit Angebotsabgabe einzureichen sind (kein Nachreichen möglich!): - Honorarbogen / Honorarangebot - Personalkonzept - Konzept zur Herangehensweise

Kriterium: Informationssicherheit

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot vorzulegende Eignungsnachweise: (1) Nachweise und Erklärungen zur Eignung: - Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung - Mindestjahresumsatz des Unternehmens - Leistungsfähigkeit der technischen Fachkräfte - Ausführung vergleichbarer Leistungen (Referenzprojekte) - Angaben zur Zahl der

Beschäftigten des Unternehmens - Angaben zu Ausstattung, Geräte und technische Ausrüstung - Nachweis eines eigenen Qualitätsmanagementsystem (2) Bei vorgesehenem Einsatz eines Unterauftragnehmers ist mit Angebotsabgabe Art und Umfang der Unterauftragsnehmerleistung zu benennen (KEV-Vordruck „Verzeichnis der Leistungen /Kapazitäten anderer Unternehmen“). Spätestens auf Verlangen sind einzureichen: Die Namen der Unterauftragnehmer, die Nachweise zur Eignung des Unterauftragnehmers (zur Erfüllung der Eignungsanforderungen bzw. entsprechend den geforderten Nachweisen des Bieters). (3) Bei vorgesehener Bietergemeinschaft (BG): Erklärung mit Angabe der Mitglieder, des geschäftsführenden Mitglieds, welches die BG rechtsverbindlich vertritt sowie die Erklärung, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften (KEV-Vordruck „Erklärung der Bietergemeinschaft“). Die Eignungsanforderungen sind grundsätzlich von der BG insgesamt zu erfüllen, sofern nicht die Vorlage gemäß dem Dokument „Aufforderung zur Angebotsabgabe - Teil 2“ ausdrücklich von jedem Mitglied gefordert wird, wie insbesondere die nachfolgenden Ziffern (4) und (5). (4) Eigenerklärung 5. Sanktionspaket EU. (5) Eigenerklärung zur §§ 123 + 124 GWB. Die aufgeführten Unterlagen, Erklärungen und Nachweise sind mittels Eigenerklärungen oder Bescheinigungen einzureichen. Der Auftraggeber behält sich vor, Eigenerklärungen durch entsprechende Nachweise belegen zu lassen. Bei ausländischen Unternehmen sind gleichwertige Nachweise zur Eignung zugelassen. Bei fremdsprachigen Bescheinigungen ist eine Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen; der Auftraggeber behält sich in diesem Fall vor, die Nachreichung einer Beglaubigung der Übersetzung zu verlangen. Die zur Verfügung gestellten Formblätter sind zu verwenden. Die Nachweise sind mit Angebotsabgabe einzureichen. Näheres siehe Ausschreibungsunterlagen, insbesondere die Zusammenstellung der einzureichenden Eignungsnachweise gemäß „Nachweisliste“. Hinweis auf folgende Mindestanforderungen im Bereich der Eignung: - Der Bieter muss mit Angebotsabgabe den Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung einreichen. Folgende Deckungssummen gelten hierbei als Mindestanforderung: -> Mindest-Deckungssumme für Personenschäden: 2.000.000,00 EUR brutto, -> Mindest-Deckungssumme für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden): 500.000,00 EUR brutto. - Der Bieter muss mindestens folgende Umsätze aufweisen: 120.000,00 EUR netto Mindestjahresumsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags als Mittel der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre. - Der Bieter muss mit Angebotsabgabe Angaben zur abgeschlossenen Berufsausbildung bzw. zu besuchten Fortbildungen der Projektleitung sowie der stellvertretenden Projektleitung einreichen. - Der Bieter muss innerhalb der unten genannten Zeiträume mindestens folgende Leistungen (Referenzen) erbracht haben: Vorlage mindestens einer Referenz über Leistungen im Leistungsbild Technische Ausrüstung (Anlagengruppen 4–5) gemäß § 55 HOAI, Honorarzone II oder höher, in den Leistungsphasen 1 - 3 und 5 - 8. Die Referenz muss hinsichtlich Planungsinhalt und Komplexität mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sein. Die anrechenbaren Herstellkosten sollen mindestens 250.000 EUR netto betragen. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme darf nicht vor dem 01.01.2018 erfolgt sein. Es werden auch Referenzen gewertet, bei denen die Leistungen überwiegend in den genannten Leistungsphasen erbracht wurden. Zwingende Unterlagen, die mit Angebotsabgabe einzureichen sind (kein Nachreichen möglich!): - Honorarbogen / Honorarangebot - Personalkonzept - Konzept zur Herangehensweise

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot vorzulegende Eignungsnachweise: (1) Nachweise und Erklärungen zur Eignung: - Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung - Mindestjahresumsatz des Unternehmens - Leistungsfähigkeit der technischen Fachkräfte - Ausführung vergleichbarer Leistungen (Referenzprojekte) - Angaben zur Zahl der

Beschäftigten des Unternehmens - Angaben zu Ausstattung, Geräte und technische Ausrüstung - Nachweis eines eigenen Qualitätsmanagementsystem (2) Bei vorgesehenem Einsatz eines Unterauftragnehmers ist mit Angebotsabgabe Art und Umfang der Unterauftragsnehmerleistung zu benennen (KEV-Vordruck „Verzeichnis der Leistungen /Kapazitäten anderer Unternehmen“). Spätestens auf Verlangen sind einzureichen: Die Namen der Unterauftragnehmer, die Nachweise zur Eignung des Unterauftragnehmers (zur Erfüllung der Eignungsanforderungen bzw. entsprechend den geforderten Nachweisen des Bieters). (3) Bei vorgesehener Bietergemeinschaft (BG): Erklärung mit Angabe der Mitglieder, des geschäftsführenden Mitglieds, welches die BG rechtsverbindlich vertritt sowie die Erklärung, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften (KEV-Vordruck „Erklärung der Bietergemeinschaft“). Die Eignungsanforderungen sind grundsätzlich von der BG insgesamt zu erfüllen, sofern nicht die Vorlage gemäß dem Dokument „Aufforderung zur Angebotsabgabe - Teil 2“ ausdrücklich von jedem Mitglied gefordert wird, wie insbesondere die nachfolgenden Ziffern (4) und (5). (4) Eigenerklärung 5. Sanktionspaket EU. (5) Eigenerklärung zur §§ 123 + 124 GWB. Die aufgeführten Unterlagen, Erklärungen und Nachweise sind mittels Eigenerklärungen oder Bescheinigungen einzureichen. Der Auftraggeber behält sich vor, Eigenerklärungen durch entsprechende Nachweise belegen zu lassen. Bei ausländischen Unternehmen sind gleichwertige Nachweise zur Eignung zugelassen. Bei fremdsprachigen Bescheinigungen ist eine Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen; der Auftraggeber behält sich in diesem Fall vor, die Nachreichung einer Beglaubigung der Übersetzung zu verlangen. Die zur Verfügung gestellten Formblätter sind zu verwenden. Die Nachweise sind mit Angebotsabgabe einzureichen. Näheres siehe Ausschreibungsunterlagen, insbesondere die Zusammenstellung der einzureichenden Eignungsnachweise gemäß „Nachweisliste“. Hinweis auf folgende Mindestanforderungen im Bereich der Eignung: - Der Bieter muss mit Angebotsabgabe den Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung einreichen. Folgende Deckungssummen gelten hierbei als Mindestanforderung: -> Mindest-Deckungssumme für Personenschäden: 2.000.000,00 EUR brutto, -> Mindest-Deckungssumme für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden): 500.000,00 EUR brutto. - Der Bieter muss mindestens folgende Umsätze aufweisen: 120.000,00 EUR netto Mindestjahresumsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags als Mittel der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre. - Der Bieter muss mit Angebotsabgabe Angaben zur abgeschlossenen Berufsausbildung bzw. zu besuchten Fortbildungen der Projektleitung sowie der stellvertretenden Projektleitung einreichen. - Der Bieter muss innerhalb der unten genannten Zeiträume mindestens folgende Leistungen (Referenzen) erbracht haben: Vorlage mindestens einer Referenz über Leistungen im Leistungsbild Technische Ausrüstung (Anlagengruppen 4–5) gemäß § 55 HOAI, Honorarzone II oder höher, in den Leistungsphasen 1 - 3 und 5 - 8. Die Referenz muss hinsichtlich Planungsinhalt und Komplexität mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sein. Die anrechenbaren Herstellkosten sollen mindestens 250.000 EUR netto betragen. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme darf nicht vor dem 01.01.2018 erfolgt sein. Es werden auch Referenzen gewertet, bei denen die Leistungen überwiegend in den genannten Leistungsphasen erbracht wurden. Zwingende Unterlagen, die mit Angebotsabgabe einzureichen sind (kein Nachreichen möglich!): - Honorarbogen / Honorarangebot - Personalkonzept - Konzept zur Herangehensweise

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot vorzulegende Eignungsnachweise:

(1) Nachweise und Erklärungen zur Eignung: - Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung - Mindestjahresumsatz des Unternehmens - Leistungsfähigkeit der technischen Fachkräfte - Ausführung vergleichbarer Leistungen (Referenzprojekte) - Angaben zur Zahl der

Beschäftigten des Unternehmens - Angaben zu Ausstattung, Geräte und technische Ausrüstung - Nachweis eines eigenen Qualitätsmanagementsystem (2) Bei vorgesehenem Einsatz eines Unterauftragnehmers ist mit Angebotsabgabe Art und Umfang der Unterauftragsnehmerleistung zu benennen (KEV-Vordruck „Verzeichnis der Leistungen /Kapazitäten anderer Unternehmen“). Spätestens auf Verlangen sind einzureichen: Die Namen der Unterauftragnehmer, die Nachweise zur Eignung des Unterauftragnehmers (zur Erfüllung der Eignungsanforderungen bzw. entsprechend den geforderten Nachweisen des Bieters). (3) Bei vorgesehener Bietergemeinschaft (BG): Erklärung mit Angabe der Mitglieder, des geschäftsführenden Mitglieds, welches die BG rechtsverbindlich vertritt sowie die Erklärung, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften (KEV-Vordruck „Erklärung der Bietergemeinschaft“). Die Eignungsanforderungen sind grundsätzlich von der BG insgesamt zu erfüllen, sofern nicht die Vorlage gemäß dem Dokument „Aufforderung zur Angebotsabgabe - Teil 2“ ausdrücklich von jedem Mitglied gefordert wird, wie insbesondere die nachfolgenden Ziffern (4) und (5). (4) Eigenerklärung 5. Sanktionspaket EU. (5) Eigenerklärung zur §§ 123 + 124 GWB. Die aufgeführten Unterlagen, Erklärungen und Nachweise sind mittels Eigenerklärungen oder Bescheinigungen einzureichen. Der Auftraggeber behält sich vor, Eigenerklärungen durch entsprechende Nachweise belegen zu lassen. Bei ausländischen Unternehmen sind gleichwertige Nachweise zur Eignung zugelassen. Bei fremdsprachigen Bescheinigungen ist eine Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen; der Auftraggeber behält sich in diesem Fall vor, die Nachreichung einer Beglaubigung der Übersetzung zu verlangen. Die zur Verfügung gestellten Formblätter sind zu verwenden. Die Nachweise sind mit Angebotsabgabe einzureichen. Näheres siehe Ausschreibungsunterlagen, insbesondere die Zusammenstellung der einzureichenden Eignungsnachweise gemäß „Nachweisliste“. Hinweis auf folgende Mindestanforderungen im Bereich der Eignung: - Der Bieter muss mit Angebotsabgabe den Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung einreichen. Folgende Deckungssummen gelten hierbei als Mindestanforderung: -> Mindest-Deckungssumme für Personenschäden: 2.000.000,00 EUR brutto, -> Mindest-Deckungssumme für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden): 500.000,00 EUR brutto. - Der Bieter muss mindestens folgende Umsätze aufweisen: 120.000,00 EUR netto Mindestjahresumsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags als Mittel der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre. - Der Bieter muss mit Angebotsabgabe Angaben zur abgeschlossenen Berufsausbildung bzw. zu besuchten Fortbildungen der Projektleitung sowie der stellvertretenden Projektleitung einreichen. - Der Bieter muss innerhalb der unten genannten Zeiträume mindestens folgende Leistungen (Referenzen) erbracht haben: Vorlage mindestens einer Referenz über Leistungen im Leistungsbild Technische Ausrüstung (Anlagengruppen 4–5) gemäß § 55 HOAI, Honorarzone II oder höher, in den Leistungsphasen 1 - 3 und 5 - 8. Die Referenz muss hinsichtlich Planungsinhalt und Komplexität mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sein. Die anrechenbaren Herstellkosten sollen mindestens 250.000 EUR netto betragen. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme darf nicht vor dem 01.01.2018 erfolgt sein. Es werden auch Referenzen gewertet, bei denen die Leistungen überwiegend in den genannten Leistungsphasen erbracht wurden. Zwingende Unterlagen, die mit Angebotsabgabe einzureichen sind (kein Nachreichen möglich!): - Honorarbogen / Honorarangebot - Personalkonzept - Konzept zur Herangehensweise

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot vorzulegende Eignungsnachweise: (1) Nachweise und Erklärungen zur Eignung: - Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung - Mindestjahresumsatz des Unternehmens - Leistungsfähigkeit der technischen Fachkräfte - Ausführung vergleichbarer Leistungen (Referenzprojekte) - Angaben zur Zahl der

Beschäftigten des Unternehmens - Angaben zu Ausstattung, Geräte und technische Ausrüstung - Nachweis eines eigenen Qualitätsmanagementsystem (2) Bei vorgesehenem Einsatz eines Unterauftragnehmers ist mit Angebotsabgabe Art und Umfang der Unterauftragsnehmerleistung zu benennen (KEV-Vordruck „Verzeichnis der Leistungen /Kapazitäten anderer Unternehmen“). Spätestens auf Verlangen sind einzureichen: Die Namen der Unterauftragnehmer, die Nachweise zur Eignung des Unterauftragnehmers (zur Erfüllung der Eignungsanforderungen bzw. entsprechend den geforderten Nachweisen des Bieters). (3) Bei vorgesehener Bietergemeinschaft (BG): Erklärung mit Angabe der Mitglieder, des geschäftsführenden Mitglieds, welches die BG rechtsverbindlich vertritt sowie die Erklärung, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften (KEV-Vordruck „Erklärung der Bietergemeinschaft“). Die Eignungsanforderungen sind grundsätzlich von der BG insgesamt zu erfüllen, sofern nicht die Vorlage gemäß dem Dokument „Aufforderung zur Angebotsabgabe - Teil 2“ ausdrücklich von jedem Mitglied gefordert wird, wie insbesondere die nachfolgenden Ziffern (4) und (5). (4) Eigenerklärung 5. Sanktionspaket EU. (5) Eigenerklärung zur §§ 123 + 124 GWB. Die aufgeführten Unterlagen, Erklärungen und Nachweise sind mittels Eigenerklärungen oder Bescheinigungen einzureichen. Der Auftraggeber behält sich vor, Eigenerklärungen durch entsprechende Nachweise belegen zu lassen. Bei ausländischen Unternehmen sind gleichwertige Nachweise zur Eignung zugelassen. Bei fremdsprachigen Bescheinigungen ist eine Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen; der Auftraggeber behält sich in diesem Fall vor, die Nachreichung einer Beglaubigung der Übersetzung zu verlangen. Die zur Verfügung gestellten Formblätter sind zu verwenden. Die Nachweise sind mit Angebotsabgabe einzureichen. Näheres siehe Ausschreibungsunterlagen, insbesondere die Zusammenstellung der einzureichenden Eignungsnachweise gemäß „Nachweisliste“. Hinweis auf folgende Mindestanforderungen im Bereich der Eignung: - Der Bieter muss mit Angebotsabgabe den Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung einreichen. Folgende Deckungssummen gelten hierbei als Mindestanforderung: -> Mindest-Deckungssumme für Personenschäden: 2.000.000,00 EUR brutto, -> Mindest-Deckungssumme für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden): 500.000,00 EUR brutto. - Der Bieter muss mindestens folgende Umsätze aufweisen: 120.000,00 EUR netto Mindestjahresumsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags als Mittel der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre. - Der Bieter muss mit Angebotsabgabe Angaben zur abgeschlossenen Berufsausbildung bzw. zu besuchten Fortbildungen der Projektleitung sowie der stellvertretenden Projektleitung einreichen. - Der Bieter muss innerhalb der unten genannten Zeiträume mindestens folgende Leistungen (Referenzen) erbracht haben: Vorlage mindestens einer Referenz über Leistungen im Leistungsbild Technische Ausrüstung (Anlagengruppen 4–5) gemäß § 55 HOAI, Honorarzone II oder höher, in den Leistungsphasen 1 - 3 und 5 - 8. Die Referenz muss hinsichtlich Planungsinhalt und Komplexität mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sein. Die anrechenbaren Herstellkosten sollen mindestens 250.000 EUR netto betragen. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme darf nicht vor dem 01.01.2018 erfolgt sein. Es werden auch Referenzen gewertet, bei denen die Leistungen überwiegend in den genannten Leistungsphasen erbracht wurden. Zwingende Unterlagen, die mit Angebotsabgabe einzureichen sind (kein Nachreichen möglich!): - Honorarbogen / Honorarangebot - Personalkonzept - Konzept zur Herangehensweise

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Beschreibung: Honorarbogen / Honorarangebot (30 %)

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Personalkonzept (20 %) a) Darstellung der Qualifikation und Erfahrung aller Mitglieder des vorgesehenen Planungsteams. (Wichtungsfaktor 1) b) Besonderes Augenmerk wird hierbei auf den Projektleiter sowie den stellvertretenden Projektleiter gelegt. Die Erfahrungen sind durch personenbezogene Referenzprojekte des Projektleiters sowie seines Stellvertreters darzustellen. (Wichtungsfaktor 2) c) Beschreibung der Zusammensetzung des Planungsteams über die verschiedenen Leistungsphasen hinweg. (Wichtungsfaktor 3) d) Darstellung eines Organigramms mit Vertretungsregelungen. (Wichtungsfaktor 1) e) Darstellung wie flexibel auf Änderungen des Bauablaufes reagiert werden kann. (Wichtungsfaktor 1) f) Nachgewiesene Kenntnisse des Bieters zur Thematik „Nachhaltigkeit“ können über entsprechende Zertifikate oder Referenzprojekte erfolgen. (Wichtungsfaktor 1)

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Konzept zur Herangehensweise (50 %) a) Qualität: Der Bieter hat darzulegen, wie eine qualitativ hochwertige Planungsleistung nach den Vorgaben des Auftraggebers sichergestellt wird. Insbesondere folgende Qualitäten sind zu beachten: Strukturierte Planungsprozesse durch den Einsatz erfahrener Fachplaner zum Beispiel mit Prüf- und Freigabeprozessen; Wegeführung und Gestaltung hinsichtlich der Berücksichtigung von Nutzerfreundlichkeit, Barrierefreiheit, Sicherheit und gestalterischer Qualität. Zudem werden Ausführungen zur Präsenz vor Ort während der Ausführungsphase erwartet. (Wichtungsfaktor 2) b) Kosten: Der Bieter hat darzulegen, wie eine kostengerechte planerische und bauliche Umsetzung sichergestellt wird. Es werden Ausführungen im Umgang mit Kostenrisiken und Kostenverfolgung erwartet. (Wichtungsfaktor 2) c) Termine: Der Bieter hat darzulegen, wie eine termingerechte planerische und bauliche Umsetzung sichergestellt wird. Dabei soll das Konzept aufzeigen, wie die möglichst rasche planerische Umsetzung der Planung erfolgt, um den vorgesehenen Terminplan einzuhalten. (Wichtungsfaktor 2) d) Projektrisiken: Der Bieter hat darzulegen, wie mit Projektrisiken umgegangen wird und diese zielführend für alle am Projekt Beteiligten gelöst werden können. (Wichtungsfaktor 1) e) Kommunikation: Der Bieter hat darzulegen, wie die Kommunikation mit dem Auftraggeber und die Überwachung der bauausführenden Firmen erfolgt. (Wichtungsfaktor 1)

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E67963284>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E67963284>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 15/06/2026 11:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 60 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung von Unterlagen wird über die Vergabeplattform subreport-ELViS kommuniziert. Nach § 56 Absatz 3 Satz 1 VgV ist die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, jedoch ausgeschlossen.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 15/06/2026 11:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Ort des Eröffnungstermins: Stadt Baden-Baden, Rechtsamt / Abteilung Vergabe, Zimmer 500 bis 505, Marktplatz 2, 76530 Baden-Baden. Eine persönliche Teilnahme der Bieter und Ihrer Bevollmächtigten an der Angebotsöffnung ist nicht zugelassen. Es findet eine 100 % elektronische Angebotsöffnung statt.

Eröffnungstermin — Beschreibung: Ende der Bindefrist: 14.08.2026

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe

Informationen über die Überprüfungsfristen: Hinweis zur Einlegung von Rechtsbehelfen:

Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe Kapellenstr. 17 76131 Karlsruhe Für die Überprüfung, ob öffentliche Auftraggeber bei der Beschaffung von Waren,- Bau- oder Dienstleistungen gegen das dabei einzuhaltende Vergaberecht verstoßen haben, können bei den sogenannten europaweiten Vergaben die Vergabekammern angerufen werden. Antragsberechtigt sind ausschließlich Unternehmen, die ein unmittelbares Interesse am Auftrag haben und geltend machen, durch Vergabeverstöße in ihren Rechten verletzt worden zu sein. Die Unternehmen erhalten damit die Möglichkeit, ihre subjektiven Rechte in einem eigens dafür geschaffenen Rechtsweg geltend zu machen. Die Vergabekammern können bei Vorliegen von Rechtsverletzungen Maßnahmen anordnen, bis hin zur Aufhebung von Vergabeverfahren, um diese Rechtsverletzungen zu beseitigen. Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Der Antrag auf ein Nachprüfungsverfahren ist nach § 160 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen -GWB- unzulässig, soweit: 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichung des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen

erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 Nummer 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt. Gemäß § 135 Abs. 1 GWB ist ein öffentlicher Auftrag von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber 1. gegen § 134 verstoßen hat oder 2. den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist. Entsprechend § 135 Abs. 2 GWB kann die Unwirksamkeit nach Absatz 1 nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union. Auf die grundsätzlichen Regelungen zu Nachprüfungsverfahren in den §§ 155 - 184 GWB wird verwiesen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Stadtverwaltung Baden-Baden, Rechtsamt / Abt. Vergabe

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: Stadtverwaltung Baden-Baden, Rechtsamt / Abt. Vergabe

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadtverwaltung Baden-Baden, Rechtsamt / Abt. Vergabe

Organisation, die Angebote bearbeitet: Stadtverwaltung Baden-Baden, Rechtsamt / Abt. Vergabe

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadtverwaltung Baden-Baden, Hochbauamt

Registrierungsnummer: Berichtseinheit-ID 00000780

Postanschrift: Marktplatz 2

Stadt: Baden-Baden

Postleitzahl: 76530

Land, Gliederung (NUTS): Baden-Baden, Stadtkreis (DE121)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabe@baden-baden.de

Telefon: +49 7221 932530

Internetadresse: <https://www.baden-baden.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer: 08-A9866-40

Postanschrift: Kapellenstr. 17
Stadt: Karlsruhe
Postleitzahl: 76131
Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de
Telefon: +49 721 9268730

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt
Schlichtungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Stadtverwaltung Baden-Baden, Rechtsamt / Abt. Vergabe
Registrierungsnummer: Berichtseinheit-ID 00000780
Postanschrift: Marktplatz 2
Stadt: Baden-Baden
Postleitzahl: 76530
Land, Gliederung (NUTS): Baden-Baden, Stadtkreis (DE121)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabe@baden-baden.de
Telefon: +49 7221 932530

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt
Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt
Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung
:
71743aaa-bf3f-43f0-ae3a-1473826d984f-01
Hauptgrund für die Änderung
:
Korrektur – Veröffentlichung
Beschreibung

:
Änderung der anrechenbaren Herstellkosten unter Punkt 5.1.9 "Eignungskriterien"

10.1. Änderung

Abschnittskennung: LOT-0001

Beschreibung der Änderungen: Unter Punkt 5.1.9 "Eignungskriterien" wurde in jedem Kriterium unter Absatz (5) folgendes geändert: Anstatt: ... „Die anrechenbaren Herstellkosten sollen mindestens 1.500.000 EUR netto betragen.“... Jetzt neu: ... „Die anrechenbaren Herstellkosten sollen mindestens 250.000 EUR netto betragen.“...

Änderung der Auftragsunterlagen am: 27/05/2026

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 7576e4d6-953a-4120-990c-c4cb51a0a610 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 27/05/2026 11:30:57 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 367639-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 102/2026

Datum der Veröffentlichung: 29/05/2026